

Lübecker Nachrichten

www.LN-online.de

ln-online/lokales
vom 15.01.2013 00:00

„Lärm macht krank und arm und ist technischer Rückschritt“



Udo Hahn (von links), Michael Dietz, Ines Rudeloff und Peter Ninnemann von der Bürgerinitiative „Kein Güterverkehr durch die Badeorte der Lübecker Bucht“ verlangen von den Politikern größeres Engagement und wünschen sich mehr Unterstützung aus der Bevölkerung.

Foto: Foto: Christina Düvell-Veen

„Bürgerinitiative gegen Güterverkehr in den Badeorten der Lübecker Bucht“ fordert Trasse westlich der Autobahn 1. Eine Art Tunnel soll Belastungen mindern.

Die Sprecher der inzwischen 926 Mitglieder zählenden Bürgerinitiative (BI) „Kein Güterverkehr durch die Badeorte der Lübecker Bucht“ mit Sitz in Haffkrug fühlen sich ziemlich allein gelassen. Sie vermissen vor allem konkrete Aussagen der Politiker von Gemeinde, Kreis, Land und Bund, aber auch die tatkräftige Unterstützung von Bürgern und Bürgerinnen, die unter den derzeit kursierenden Trassenvarianten der geplanten Hinterlandanbindung zur Festen Fehmarnbeltquerung leiden werden.

Udo Hahn, Michael Dietz und Ines Rudeloff aus Haffkrug sowie Peter Ninnemann aus Timmendorfer Strand erläuterten gestern in einem LN-Gespräch Überlegungen zum weiteren Vorgehen. Ebenso wie die Ratekauer BI (siehe untenstehenden Bericht) setzen die Haffkruger große Erwartungen in die Beteiligung der Bevölkerung am Raumordnungsverfahren (ROV).

Die Haffkruger BI fordert eine Güterbahntrasse westlich der Autobahn A 1. Entgegen der Meinung der BI Ratekau sei dieser Vorschlag mit Sicherheit die raumverträglichste Lösung unter den allesamt schlechten Alternativvorschlägen, erklärten Hahn und Dietz. Diese Güterbahntrasse müsse in einen Gleistrog verlegt werden und in siedlungsnahen Gebieten eine Überdeckung erfahren. So würde eine Art Tunnel entstehen. Diese Überdeckung werde notwendig für Bad Schwartau, Ratekau, Luschendorf, Teile von Timmendorfer Strand, Scharbeutz-Kiepenberg, Haffkrug und Sierksdorf, Roge, Oldenburg und Großenbrode.

Da jetzt mit dem 11. Februar der Beginn der ROV-Auslegung bekannt sei, werde es vordringliche Aufgabe der BI sein, Bürger zu ermuntern und zu unterstützen, gegen die Antragsunterlagen der Bahn AG Einwände und Stellungnahmen abzugeben. Hierzu werden diverse Textbausteine formuliert, kündigte Hahn an. Gestern sprachen BI-Vertreter und der Scharbeutzer Bürgermeister Volker Owerien „über Modalitäten einer Zusammenarbeit bei der Aktion“. Zudem kündigten die Haffkruger noch Gespräche mit anderen Bürgerinitiativen, vor allem mit der in Ratekau, und Veranstaltungen an.

Bemerkenswert sei, dass sich die Politik sehr zurückhalte. Offensichtlich hätten Parteienvertreter Angst davor, Stellung zum Trassenverlauf zu beziehen. Hahn vermutet: „Die Wahlen rücken näher und man möchte möglichst keinen potenziellen Wähler mit einer Aussage treffen.“ Dabei biete die Verlegung der Güterbahngleise westlich der A1 mit der Eintrogung und der Eindeckung eine Möglichkeit, auch bei etwas stärker betroffenen Anliegern an Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren. Diese Möglichkeit sei aber noch von keinem Politiker aufgenommen worden. In ihre Kritik schließen Hahn, Dietz, Rudeloff und Ninnemann den „Landesvater“ und Ministerpräsidenten Torsten Albig (SPD) ausdrücklich ein: „Er hat es nicht einmal geschafft, herzukommen und sich mit den Bürgern auseinandersetzen“. Albig bekommt demnächst eine schriftliche Einladung. Dann soll auch ihm deutlich gemacht werden: „Lärm macht krank, Lärm macht arm, Lärm ist technischer Rückschritt.“

Man möchte wohl keinen potenziellen Wähler mit einer Aussage treffen. „Bürgerinitiativen-Sprecher Udo Hahn

Christina Düvell-Veen

Quelle im Internet: <http://www.ln-online.de/nachrichten/3658677>

© 2010 www.ln-online.de

LN- 25.1.13

Dialogforum spricht über Tourismus

Oldenburg/Eutin – Wie viel Hinterlandbindung und feste Beltquerung verträgt der Tourismus? Das ist das Hauptthema beim nächsten Dialogforum zur festen Fehmarnbeltquerung, das am Donnerstag, 17. Januar, um 17 Uhr im Gewerbezentrum Oldenburg tagt. Zudem stehen die Themen Zukunft von Scandlines, das Raumordnungsverfahren und die Belastungsprobe der Sundbrücke auf der Tagesordnung. Die Bahn wird mit sechs Vertretern dabei sein, insgesamt werden 100 Teilnehmer erwartet.

„Selbst die beste Fehmarnbeltquerung bringt uns mehr Schaden als Nutzen“, definiert Volker Owerien (parteilos), Bürgermeister von Scharbeutz und – in dieser Eigenschaft spricht er beim Forum – Vorsitzender des Ostsee-Holstein-Tourismus (OHT), die Situation. Ihn stört, dass alle Schutzgüter gleichberechtigt nebeneinander stehen und beharrt darauf, dass „es in erster Linie um das Schutzgut Mensch

geht“. Eine Forderung, die auch das Forum erhebt. „Der Mensch und seine wirtschaftlichen Grundlagen stehen an erster Stelle“, be-



●● Allein durch den Tunnel werden wir nicht einen Gast mehr gewinnen.“

Volker Owerien, Vorsitzender des Ostsee-Holstein-Tourismus

tont der Sprecher des Dialogforums, Christoph Jessen.

Das Schutzgut Mensch müsse die höchste Priorität genießen, fordert Owerien. Er befürchtet, dass die Metropolen von der festen Fehmarnbeltquerung profitieren und Ostholstein alle Nachteile zu tragen hat. Das werde sich wirtschaftlich dramatisch auswirken. Sollte die Bahn die Bestandstrasse durch die Bäder für den Güterverkehr ausbauen, rechnet der OHT-Vorsitzende mit einem „hohen zweistelligen Millionenbetrag“, der dem Tourismus verloren gehe.

Ähnliche Befürchtungen hegt Matthias Drespling aus Scharbeutz, der Vizepräsident und Vorsitzende der Fachgruppe „Hotels und andere Beherbergungsbetriebe“ des Hotel- und Gaststättenverbandes Schleswig-Holstein. Vor allem der zu erwartende Lärm der Güterzüge macht ihm Sorgen. „Die Leute fahren zu uns und nicht an den Ballermann, weil sie ihre Ruhe haben wollen.“

sas

Ratekau bereitet sich auf Protest vor

Ratekau – In Ratekau laufen die Vorbereitungen für Reaktionen im Rahmen des Raumordnungsverfahrens auf Hochtouren. Gemeinde und Bürgerinitiative (1500 Mitglieder) „Ratekau wehrt sich“ arbeiten Hand in Hand. Ratekaus Bürgermeister Thomas Keller (parteilos) sagte während des Neujahrsempfanges: „Es ist davon auszugehen, dass es keine Lösung geben wird, von der unsere Gemeinde nicht negativ betroffen ist.“ Gerade die „2+1-Variante“, bei der der Personenfern- und der Güterverkehr über eine Neubaustrecke liefen und nur der Personennahverkehr auf der bestehenden Trasse durch die Bäderorte bliebe, dürfte für die Gemeinde den größten Nachteil bringen. Um so mehr verwundere es, dass diese Variante, „die bisher nicht auf mögliche Folgen untersucht worden ist“, andernorts und von politischer Seite als beste Lösung angestrebt werde.

cd